Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/433
09.11.2018

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

38. Sitzung (öffentlich)

9. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Stephan Haupt (FDP) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnung wie vom Vorsitzenden vorgeschlagen zu ändern.

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 8 „Starke Denkmalpflege – starke Heimat! Eigentümerinnen und Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen“ auf der Tagesordnung zu belassen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 17/4100

Erläuterungsband Einzelplan 08
Vorlage 17/1080

Vermerk des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 08
Vorlage 17/1290

Änderungsanträge
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Tischvorlagen 1 und 2 –

Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge ab; das Ergebnis der Abstimmungen findet sich in Vorlage 17/1373.

Sodann stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan 08 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Anschließend stimmt der Ausschuss dem unveränderten Einzelplan 20 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

2 Auswirkungen des GFG 2019 transparent machen – Warum legt die schwarz-gelbe Landesregierung keine Vergleichsrechnung vor? 18

In Verbindung mit:

GFG 2019

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1071

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1185

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1356

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 – GFG 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3302

Ausschussprotokoll 17/401

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

3 Konsultation der Monitoring-Stelle der UN-BRK in NRW zur Weiterentwicklung der Inklusion unmittelbar in der parlamentarischen Arbeit nutzen 22

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2388

Ausschussprotokoll 17/350

Der Ausschuss kommt überein, zu diesem Antrag kein Votum abzugeben.

4 Landesregierung muss kurzfristig ein Konzept zur digitalen Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern vorlegen 23

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2560

Ausschussprotokoll 17/353

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

5 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften 24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3776

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in einer Obleuterunde zu vereinbaren.

6 Starke Denkmalpflege – starke Heimat! Eigentümerinnen und Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen 25

Antrag
der Fraktion der CDU und
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3807

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in einer Obleuterunde zu vereinbaren.

7 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3778

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Wohn- und Teilhabegesetz-Durchführungsverordnung 27

Vorlage 17/1196

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3777

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

* * *

7 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3778

Volkan Baran (SPD) kündigt an, seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen, weil es sich um gute Arbeit handele.

Im Vorfeld sei von dem Versuch gesprochen worden, Private in die Finanzierung hineinzunehmen, wovon man jetzt nichts mehr lese, sondern vielmehr davon, dass sich die IHK mit Bürgschaften beteilige. Er bittet die Landesregierung um Ausführung.

LMR Thomas Buch (MULNV) erläutert, er sei stellvertretender Leiter der Abteilung IV im Umweltministerium, die sich federführend mit diesem Gesetz befasse.

Dem Verband seien im Rahmen der Haushaltsberatungen 2018 vom Haushaltsgesetzgeber weitere 1,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden, die man nur bei entsprechender Änderung des Gesetzes verbuchen könne. Selbstverständlich werde man nach wie vor zusammen mit dem Verbandsvorsitzenden bei der Wirtschaft für eine freiwillige Beteiligung an der Finanzierung des Verbandes.

Nach gegenwärtigem Stand beliefen sich die Beiträge der Wirtschaft für das vergangene Jahr auf ungefähr 500.000 Euro. Man arbeite daran, diesen Betrag zu erhöhen, wobei es sich auch um ein Ziel des Koalitionsvertrages handele. Dies habe aber mit der vorliegenden Gesetzesänderung überhaupt nichts zu tun.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.